

„Für den Frieden der Welt“

Alternative Einheitsfeier

Protestveranstaltung des Ostdeutschen Kuratoriums
von Verbänden zum 3. Oktober 2017

Willenserklärung

der Teilnehmer der 11. Protestveranstaltung

Der 3. Oktober ist auch 27 Jahre nach dem Anschluss der Deutschen Demokratischen Republik kein „Tag der deutschen Einheit“. An diesem Tag wurden nicht zwei Staaten „vereint“, sondern das DDR-Gebiet wurde – ohne das deutsche Volk darüber entscheiden zu lassen - der BRD einverleibt. Die DDR wurde annektiert. Die Nachkriegsordnung wurde beendet. Viele ältere Teilnehmer dieser Protestveranstaltung haben den faschistischen Weltkrieg am eigenen Leibe erlebt. Sie haben Familienangehörige verloren, barbarische Bombennächte durchlebt und waren Teil der Deutschland durchziehen-

den Flüchtlingsströme. Sie waren Teilnehmer des antifaschistischen Widerstandskampfes. Sie waren Aktivisten des Aufbaues eines friedlichen Deutschland. Es ist unerträglich, dass an die Stelle einer aktiven DDR-Friedenspolitik die grundgesetzwidrige BRD-Kriegspolitik gesetzt wurde. Uns erfüllt mit Abscheu, dass unter der Regierung der BRD Hetze gegen Russland und aktive Kriegsvorbereitung an dessen Grenzen wieder zum politischen Alltag geworden sind. Dem stellen wir uns mit aller Entschiedenheit entgegen. Wir danken den Völkern der Sowjetunion für ihren heldenhaften und opferreichen

Kampf zur Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Barbarei. Wir würdigen die heutige Rolle Russlands für die Erhaltung des Weltfriedens gegen die imperialen Interessen der USA, der NATO, der EU und der BRD. Wir verurteilen die Teilnahme der BRD an internationalen Kriegseinsätzen. Vor allem ostdeutsche Jugendliche dienen als Kanonenfutter für imperiale Ziele zur Rohstoffsicherung und Unterdrückung anderer Völker. Sie werden durch scheinheilige falsche Versprechen und Lügen verführt, Waffen gegen andere Völker einzusetzen. Wir fordern die Beendigung aller deutschen Kriegseinsätze und Waffenexporte und die Rückkehr zu einer aktiven solidarischen Friedenspolitik. Uns erfüllt mit Sorge und tiefer Anteilnahme das millionenfache Schicksal der Flüchtlinge in aller Welt, besonders der Tausenden von Toten an den künstlich geschaffenen Grenzen und Mauern. Wir fordern, endlich durch Unterstützung statt Ausbeutung der Entwicklungsländer die Ursachen für Krieg und Armut zu beseitigen, statt die Opfer zu verleumden. Wir wenden uns gegen jede Form des Rechtsruckes und der Faschisierung und des Missbrauches des Flüchtlingselends für populistische politische Ziele. Wir rufen erneut alle linken und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich im Kampf gegen Krieg, Faschisierung und Armut noch enger zusammen zu schließen und alles Trennende beiseite zu schieben.

Uns ist bewusst: Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen. Deshalb kann es dauerhaften Frieden nur geben, wenn die Herrschaft des Kapitals überwunden wird. Dafür treten wir ein!

Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, der Frieden kein Geschenk

Manfred Grätz, Generalleutnant a.D., Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR
Rede auf der Protestveranstaltung des OKV

„Frieden“, „Für den Frieden der Welt“ – wie erhaben diese Worte klingen, nahezu feierlich. Oft ausgesprochen, gewohnheitsgemäß, ja, achtlos, oberflächlich mitunter. Klingt ja gut! Doch was verbirgt sich hinter diesen Worten? Was ist ihr tieferer Sinn? Sind das Hoffnungen, Wünsche, Sehnsüchte der Menschen? Wenn ja, wessen?

Ist es ein Programm, ein edles, hehres Ziel? Und wieder, wenn ja, wessen?

Und wie weit sind wir davon entfernt, in der Welt voller Kriege, Konflikte, Terror, Not und Elend?

Und schließlich: Ist die Welt überhaupt friedensfähig, solange es möglich ist, am Krieg zu verdienen? „Trägt doch der Kapitalismus den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen“, so Jean Jaures, französischer Politiker des 20. Jahrhunderts.

Johannes R. Becher kleidete es in die Worte: „Der Krieg ist ein Patent der bürgerlichen Gesellschaft und wird als solcher gesetzlich geschützt.“

Mehr Fragen, als Antworten in 15 Minuten hinreichend überzeugend gegeben werden können.

Versuchen wir es dennoch, durch Konzentration auf Schwerpunkte, die uns alle bewegen, in gebotener Kürze.

Die gegenwärtige Weltlage nährt wenig Hoffnung, hat kaum Optimistisches zu bieten. Die Welt scheint aus den Fugen geraten.

Es brennt auf nahezu allen Kontinenten unserer Erde, auch in Europa. Allein eine Aufzählung der gegenwärtigen Kriege genügt, um die Ausmaße der Gefahr und den Ernst der Lage zu verdeutlichen. Das vorangegangene Video „Nie wieder Krieg“ hat es eindrucksvoll gezeigt.

Allein 2016/17 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 19 Kriege und 225 gewaltsame Konflikte.

Die kapitalistische Welt, unter Führung der USA, verklausuliert auch „westliche Wertegemeinschaft“ genannt, getrieben von der Gier

nach alleiniger Weltherrschaft und neuen ökonomischen Einflussphären, maßt sich an, historisch entstandene Kulturen, Länder, ganze Regionen nach dem fragwürdigen Muster sogenannte freiheitlich parlamentarischer Demokratien reformieren zu wollen.

Keiner der Kriege der jüngeren Vergangenheit, ohnehin unter fadenscheinigen, auf Lügen beruhenden Begründungen angezettelt, hat jedoch die vorgetäuschten Kriegsziele – „Kampf dem Terror“ – je erreicht.

Ausnahmslos alle haben Not und Elend im Lande vermehrt und Terror geboren, ganz so, wie es Jürgen Todenhöfer einmal formulierte: „Antiterror-Kriege sind Terror-Zuchtprogramme“.

Und der Antikommunismus, jene Jahrhunderttorheit, die seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verstärkt ihr Unwesen treibt, trägt täglich neue Blüten. Der alte Feind Russland ist neu entdeckt. Eine Russophobie ohnegleichen ist wieder ausgebrochen. Lügen und Diffamie-

rungen sind an der Tagesordnung. „Russland ist die Wurzel allen Übels“, so der Mainstream der westlichen Welt, dabei geflissentlich verschweigend, dass es die NATO ist, die marschiert, marschiert gen Osten.

Hier nur wenige, ausgewählte Fakten:

Seit März 1999 wurden 13 osteuropäische Staaten in die NATO aufgenommen. Wie verkündete doch Wörner im Jahre 1990, damals Generalsekretär der NATO, vorher deutscher Verteidigungsminister?

„Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Territoriums der BRD zu stationieren, gibt der SU feste Sicherheitsgarantien.“

Mit Aufnahme der baltischen Staaten im März 2004 erfolgte die Stationierung von Luftwaffeneinheiten der NATO-Staaten zunächst in Litauen, später in Estland, zur „Luftraumüberwachung und zum Schutz des Luftraumes der baltischen Staaten“; „Airpolicing“ wird das Ganze genannt, seit 2014 sogar „verstärktes Airpolicing“, weil mit 8 bis 12 NATO-Kampfflugzeugen aus zwei oder mehr Staaten verstärkt.

2016 dann der nächste wortbrüchige Beschluss der NATO-Ratstagung in Warschau zur Stationierung von vier gemischten Kampfbrigaden zu je 1000 Soldaten mit entsprechender Ausrüstung in den drei baltischen Staaten und in Polen, eines davon, in Litauen, unter deutscher Führung. Außerdem, ohne große mediale Aufmerksamkeit, Verlegung einer US-Panzerbrigade in diese vier Länder.

Beginnend unter US-Präsident Bush jr. Errichtung eines sog. Raketenabwehrsystems mit Startstellungen in Polen und Rumänien, Groß-Radaranlage in der Türkei, vier mit Abwehraketen bestückten Kampfschiffen im Mittelmeer und der Kommandozentrale in Ramstein.

Seit mehreren Jahren beobachten wir die zunehmende Manövertätigkeit der US-geführten Militäralianz in den östlichen Staaten, unweit der Westgrenze Russlands, mit dem Ziel, die „Abschreckungsfähigkeit“ zu erhöhen. „Anakonda“, „Saber Strike“, „Iron Wolf“ werden diese Übungen z.B. genannt.

Allein an der Übung „**Anakonda**“, einem von mehreren solcher Manöver, im Juni vergangenen Jahres nahmen Kontingente aus 24 Staaten, darunter bezeichnender Weise auch aus der Ukraine, mit insgesamt 31.000 Soldaten, 3000 Fahrzeugen, 105 Flugzeugen und 12 Kampfschiffen teil.

Für das Jahr 2017 wurden wieder mehrere NATO-Manöver an der Westgrenze Russlands angekündigt und durchgeführt. „**Saber Strike**“ und „**Iron Wolf 2017**“, im Juni und Juli in den baltischen Staaten, wiederum unverkennbar gegen Russland gerichtet, reihen sich ein in die Kette der Provokationen, natürlich unter dem Vorwand, „die Sicherheit der Menschen in den östlichen NATO-Ländern zu erhöhen“ und sie vor einer „russischen Aggression zu schützen.“

Da nehmen sich doch die 12.700 Soldaten, da-

von 5.500 aus Russland, 250 Panzer, 200 Geschütze, 70 Flugzeuge und 10 Schiffe die am lange angekündigten Manöver „Sapad 2017“ Russlands und Weißrusslands teilnehmen – wohlgernekt auf eigenem Territorium - vergleichsweise relativ bescheiden aus. Und die bedrohen nunmehr die NATO! Welch abenteuerliche Argumentation!

Nimmt man die verstärkten NATO-Aktivitäten in der Ostsee und im Schwarzen Meer hinzu, besonders deutlich seit der Wiedereingliederung der Krim in die Russische Föderation; die durch NATO-Generalsekretär Stoltenberg angekündigte Erhöhung der Militärpräsenz im Schwarzen Meer; die jüngsten Aktivitäten der NATO in Georgien in Form von Kriegsspielen und Übungen im Raum Tiflis (unter Teilnahme der Nicht-NATO-Mitglieder Georgien, Armenien und Ukraine), dann hat man die fortschreitende Umklammerung, Einkreisung Russlands im wahrsten Sinne des Wortes auch bildlich vor Augen!

Aber, und das ist das Perverse: Die im Mainstream vereinten Medien der westlichen Welt tönen ohn Unterlass: „Die Kriegsgefahr geht von Russland aus. Putin ist es, der die Welt bedroht.“ Welch eine Scheinheiligkeit, Welch eine Lüge!

Wer fragt eigentlich nach den Gefühlen, Empfindungen, Sehnsüchten der Menschen in Russland, jetzt, 76 Jahre nach dem faschistischen Überfall auf ihr Land?

Wer unternimmt auch nur den Versuch, sich hineinzudenken in die Gefühlswelt z.B. jener Menschen in der St. Petersburger Region, die selbst noch oder deren Eltern und Großeltern die Blockade Leningrads in schrecklichster Erinnerung haben und nunmehr wieder Panzer faktisch vor ihren Toren wissen, darunter auch deutsche?

Die Haare sträuben sich bei all jenen, die die russische Seele, die „russkaja duscha“ kennen und lieben gelernt haben, und deren Sehnsucht nach Frieden. Und das sind Viele von uns hier im Saale.

Schlimm und beängstigend für uns alle, dass die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Bundeswehr maßgeblich beteiligt ist, mittendrin steckt in diesem die Welt bedrohenden neuerlichen Chaos. Allein die Tatsache, dass sich die Bundeswehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Stand Juli 2017) an insgesamt 15 Auslandseinsätzen mit über 3200 Soldaten beteiligt und der sogenannte Genehmigungswert für den Rüstungsexport im Jahre 2016 der zweithöchste jemals beschlossene war, - allein das ist Anlass genug zu ernster Sorge.

Kein Wunder allerdings, wenn man sich das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ vom Jahre 2016 zu Gemüte führt, welches für sich in Anspruch nimmt, das „oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands“ zu sein.

In diesem Dokument ist nunmehr der Führungs- und Machtanspruch Deutschlands schwarz auf weiß geregelt, nachdem er von Gauck, Merkel und von der Leyen wiederholt, insbesondere seit der letzten Münchener Sicher-

heitskonferenz, immer wieder proklamiert wurde. In unterschiedlichen Formulierungen zieht sich dieser Machtanspruch wie ein roter Faden durch das gesamte Dokument, dabei auf die Lehren der Vergangenheit verweisend, so als habe es den vom deutschen Faschismus entfesselten 2. Weltkrieg nie gegeben.

Wie ein Hohn mutet es an, wenn man liest: „Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den USA – auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Kalten Krieges eine einzigartige Friedensordnung geschaffen“. Etwas einschränkend folgt dann: „... auch wenn diese Friedensordnung den Ausbruch vorübergehender, lokal begrenzter gewaltsamer Auseinandersetzungen in Europa nie ganz verhindern konnte ...“

Aha, so schlimm war es also gar nicht mit den Balkankriegen in den 90er Jahren mit ihren nach Hunderttausenden zählenden Toten! Makaber aber wird es, wenn man im gleichen Atemzug fortfährt:

„Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die Europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands. Russland wendet sich damit von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent.“

Da ist er wieder, der Feind Nr. 1!

Vergessen die Rede des russischen Präsidenten vor dem Deutschen Bundestag im Jahre 2001, in der er Europa die Hand reichte und „eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft“ anbot.

Vergessen auch seine Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007, in der er deutlich hervorhob, dass sich „Russland durch die amerikanische Hegemonie und die NATO-Osterweiterung bedroht sieht“.

Vergessen natürlich auch der Vorschlag Medwedjews für einen europäischen Sicherheitsvertrag aus dem Jahre 2008, der im Westen ohne nennenswerte Resonanz blieb. Ja, so werden Menschen für einen Krieg manipuliert.

Berthold Brecht drückte das mit der ihm eigenen direkten Sprache einmal so aus:

„Die Kapitalisten reden vom Frieden, um den Krieg führen zu können“.

Ernüchterndes Fazit aus alledem:

Die Lage in der Welt ist ernst. Wir leben in la-tenter Kriegsgefahr. Die Gefahr der Ausweitung lokaler Kriege und Konflikte zu einem Weltbrand ist groß.

Und ein unberechenbarer, nach Alleinherrschaft strebender US-Präsident mit seinem Slogan „America first“, der die „völlige Zerstörung“

ganzer Völker und Staaten“ androht, die Existenz von weltweit 700 US-Stützpunkten und -Basen, die Stationierung von ca. 250.000 US-Soldaten in 38 Ländern, machen das Ganze nicht sicherer.

Und ebenso ernüchternd wie makaber: Im gerade zu Ende gegangenen „Wahlkampf“ zur Wahl des Deutschen Bundestages kamen die Worte Frieden und Kriegsgefahr, wenn überhaupt, nur in Nebensätzen vor.

Nunmehr nach der Wahl meine Bitte an die neuen Regierenden: Machen Sie die Erhaltung des Friedens endlich zum Regierungsprogramm, denn ohne Frieden ist alles andere nichts.

Was können wir tun?

Wir alle sind gefordert. Frieden, dieses oft gebrauchte, edle Wort, muss uns mehr bedeuten als Sehnsucht, Wunsch, Hoffnung.

Lasst es uns zu einem machtvollen Programm, zu einer Aktion machen, wofür zu arbeiten und zu kämpfen lohnt, zu einer Aktion, die Solidarität, Hilfe und Unterstützung für alle Betroffenen in Kriegs- und Krisengebieten, einschließt. Unser Verband wird sich daran u.a. mit einer Spende von 300 EUR für den Verein „Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.“ beteiligen.

Albert Einstein mahnte schon vor mehr als 100 Jahren: „Bloßes Lob des Friedens ist einfach, aber wirkungslos. Was wir brauchen, ist Teilnahme am Kampf gegen den Krieg und alles, was zum Kriege führt.“

Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Georgi Dimitroff: „Es genügt nicht, den Frieden zu wollen, für den Frieden muss man kämpfen.“

Matthias Platzek, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, hat es, Egon Bahr zitierend, aktualisierend auf die heutige Situation, auf den Punkt gebracht, indem er allen, die gern die westliche Wertegemeinschaft als das Non plus Ultra preisen, ins Stammbuch schrieb:

„Nicht Demokratie und Menschenrechte, nicht einmal die Freiheit, sondern der Frieden muss global der oberste Wert bleiben.“

Unser „Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR“ hat bereits vor zwei Jahren anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gemeinsam mit ISOR einen vielbeachteten Aufruf „Soldaten für den Frieden“ gestartet, dem sich mittlerweile weit über 1000 Gleichgesinnte angeschlossen haben und der in Ost und West eine erstaunliche Resonanz gefunden hat.

Nunmehr, nach zwei Jahren, haben wir eine Friedenspublikation veröffentlicht, in der unter anderen 25 namhafte Militärs der NVA und der Grenztruppen, Unterzeichner jenes Aufrufes, erneut ein leidenschaftliches Bekenntnis gegen den Krieg, für den Frieden ablegen und ihren Stolz zum Ausdruck bringen, in jener deutschen Armee gedient zu haben, die keinen Krieg geführt hat, in der NVA der DDR. Möge auch von unserer heutigen Veranstaltung das Signal, der flammende Appell ausgehen, alles nur Menschenmögliche gegen

den Krieg, für die Erhaltung des Friedens, zu tun.

All das sagt ihnen ein ehemaliger Soldat, der 38 Jahre seines Lebens bewusst und überzeugt in der NVA der DDR gedient hat, nachdem er, damals noch im Kindesalter, den 2. Weltkrieg erlebt, persönliches Leid erfahren, seinen Vater verloren und den Krieg regelrecht hassen gelernt hatte. Und dessen einzige Motivation, Soldat zu werden es war, seinen bescheidenen persönlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt leisten zu können.

Das ist uns, Soldaten des Friedens, gelungen. So lange wir dienen durften, Seite an Seite mit unseren Waffenbrüdern im Warschauer Vertrag, mit dem verpflichtenden Auftrag, der Menschheit den Frieden zu erhalten, hat es keinen Krieg in Europa gegeben.

Und darauf bin ich, sind wir alle, ich meine zu Recht, stolz.

Aus der Arbeit des Vorstandes

Auf seiner Sitzung am 27.09. würdigte der Vorstand die Arbeit der aus dem Vorstand ausscheidenden Mitglieder und verabschiedete sie mit der Überreichung einer Ehrenurkunde.

*

Der Vorstand verständigte sich in einer ersten Einschätzung zum Ergebnis der Bundestagswahlen. Die sichtbar gewordene Rechtsentwicklung war erwartet worden, macht die Durchsetzung unserer Forderungen jedoch nicht leichter. Der Neoliberalismus und die Aufrüstungspolitik haben in den drei bürgerlichen Parteien, die sich evtl. in einer Koalition vereinigen werden, eine gemeinsame Basis. Ob der Wahlerfolg der AfD zu einem Umdenken in der Politik gegenüber Ostdeutschland führen wird, bleibt offen. Die zunehmende Kriegsgefahr spielte im Wahlkampf leider nur eine untergeordnete Rolle. Der Vorstand begrüßte die Bildung eines Friedensbündnisses aus 16 Parteien und Vereinen in Schwerin, in dem ISOR aktiv mitwirkt.

*

Der Vorstand beschloss seine aktualisierte Arbeitsordnung und die Berufung der 17 Mitglieder des Beirates für die neue Wahlperiode. Er arbeitet weiter an der Vorbereitung von Briefen an Politiker, Parteien, Fraktionen und Ausschüsse des Bundestages. Ein entsprechender Entwurf von Mitgliedern der TIG Berlin-Köpenick wurde hierfür als eine gute Grundlage bewertet.

*

Prof. Dr. Horst Bischoff informierte den Vorstand über ein Sachgespräch vor Ort mit Vertretern tschechischer Sozialvereinigungen und Betreibern sozialer Einrichtungen in Prag, dem Nahbereich der tschechischen Hauptstadt sowie im grenznahen Raum, die bereit sind, ihren Service auch deutschen Bürgern zu relativ günstigen Konditionen anzubieten. Der Vorstand bestätigte

seinen Vortrag und hat Herbert Kranz gebeten, im Zusammenwirken mit der gemeinsamen Arbeitsgruppe Betreuung ISOR / GRH Möglichkeiten und Modalitäten sowie den rechtlichen und den satzungskonformen Rahmen näher zu recherchieren der es ermöglichen könnte, hilfsbedürftigen Mitgliedern Unterstützung zu bieten, wenn sie eine Heimunterbringung in Tschechien für sich selbst oder Angehörige prüfen oder erwägen möchten.

Ehrenmitgliedschaften verliehen

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. ernannt:

Waldemar Schmidt, TIG Merseburg,

der zu den ISOR-Aktivisten der ersten Stunde gehört und als Vorstandsmitglied und Vorsitzender maßgeblich zum Aufbau und zur Entwicklung seiner TIG beigetragen hat. Auch im hohen Alter wirkt er noch aktiv und selbstlos bei der Betreuung und Beratung der Mitglieder unseres Vereins mit.

Erich Rogalla, TIG Quedlinburg,

der sich als langjähriger Vorsitzender seiner TIG durch eine beispielgebende Gestaltung der Vereinsarbeit, im Kontakt mit Bundestagsabgeordneten und befreundeten Vereinen wie auch in der Zusammenarbeit der Harzkreise besondere Verdienste erworben hat.

Heimkinderprojekt

Der Verlag edition ost Berlin arbeitet gegenwärtig an einem Buch, mit dem die Verleumdungen der Einrichtungen für Heimkinder der DDR und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch wahre Erlebnisberichte zurückgewiesen werden sollen. Wer selbst in einem Kinderheim der DDR aufgewachsen ist oder dort tätig war oder wer Personen mit dieser Biografie kennt, die bereit sind, Auskunft über diese Zeit zu geben, wird gebeten über den Geschäftsführer den Kontakt zum Verlag edition ost zu ermöglichen. Der Verleger Frank Schumann ist bereit, die entsprechenden Erlebnisse in Gesprächen (Interviews) aufzunehmen. Schriftliche Berichte sind natürlich auch möglich und würden dann redaktionell bearbeitet, ohne ihren Inhalt zu verfälschen.

Die AG Recht informiert

Erneut positive Entscheidungen in Sachen Verpflegungsgeld

Das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt hat in zwei Verfahren entschieden, dass das Verpflegungsgeld als Arbeitsentgelt i. S. d. § 8 AAÜG festzustellen ist.

In beiden Fällen wurden die Versorgungsträger (Land Berlin – Der Polizeipräsident –, Land Sachsen-Anhalt – Polizeidirektion Sachsen-Anhalt Nord –) verurteilt, das den Klägern gezahlte Verpflegungsgeld und im zweiten Fall auch das Bekleidungsgeld, mit Bescheid zu überführen. Beide Urteile sind rechtskräftig und im ersten Fall hat der Rentenversicherungsträger die Rente neu berechnet und nachgezahlt.

Auf Grund einer Reihe von positiven Entscheidungen der Gerichte, wenden sich ver-

mehrt Angehörige an ihren Versorgungsträger mit der Bitte um Bearbeitung ihrer Anträge.

Die beiden Urteile betrachten die Versorgungsträger als Einzelentscheidungen und lassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht erkennen, dass sie eine Grundsatzentscheidung für alle vorliegenden Überprüfungsanträge wie das Land Brandenburg treffen wollen.

Es besteht für alle Anspruchsberechtigten, die bisher noch keinen Antrag auf Überprüfung des Entgeltbescheides nach § 44 SGB X

gestellt haben, die Möglichkeit sich an den zuständigen Versorgungsträger zu wenden. Dem Vorschlag zum Ruhen des Verfahrens sollte nicht zugestimmt werden. Ein ruhendes Verfahren führt nicht zur Klärung der Ansprüche. Es wird das Widerspruchsverfahren folgen und bei der Erteilung des Widerspruchsbescheides muss sich jeder Antragsteller entscheiden, ob er gegen seinen Versorgungsträger eine Klage beim zuständigen Sozialgericht einreicht.

Bei weiteren Urteilen der Landessozialgerichte informieren wir darüber.



Für den 17.08.2017 hatten wir als **TIG Aschersleben-Staßfurt** zu unserer traditionellen Jahreshauptveranstaltung eingeladen. Die längerfristige Vorbereitung und Durchführung stand ganz im Zeichen der 7. Vertreterversammlung am 15.06.2017 in Berlin, aber auch ganz aktueller Fragen zur Entwicklung unserer TIG.

Grundsätzlich haben wir den Tenor der Vertreterversammlung in unsere Jahreshauptversammlung getragen und ausgewertet. Dabei hatten wir durch das Mitglied des ISOR-Vorstandes Berlin und verantwortlichen Vertreter für Sachsen-Anhalt, Dieter Wittstock, eine wesentliche Unterstützung. Wie immer konzentrierte er sich in seinen Ausführungen auf wesentliche Schwerpunkte der weiteren Arbeit in der TIG.

Kämpferisch und richtungweisend haben wir unsere Position beschrieben:

Wir machen solange weiter, bis wir unsere satzungsgemäßen Ziele erreicht haben. Auch für die, die nach wie vor vom Rentenstrafrecht betroffen sind, soll Rentengerechtigkeit hergestellt werden. Dabei nichts unversucht lassen ist auch unser Standpunkt.

Wir haben für den weiteren Erhalt unseres Vereins, für die Existenz von ISOR als Kampf- und Initiativgemeinschaft für soziale Gerechtigkeit gestimmt. Unsere starke Solidargemeinschaft, die sich in vielen Jahren entwickelt hat, ist und bleibt dafür eine wesentliche Grundlage.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit werden zunehmend politischen Charakter bekommen. Dafür müssen wir uns noch breiter aufstellen. Für die Arbeit in unserer TIG bedeutet dies, teils andere Struktur- und Organisationsformen zu finden, die es uns ermöglichen, den politischen Kampf zu unterstützen, den Gemeinschaftsgedanken aufrecht zu erhalten und keine Zweifel an der Richtigkeit unserer

Forderungen aufkommen zu lassen.

Die Verantwortung für jedes Mitglied dabei ist, sich entsprechend seinen Möglichkeiten aktiv einzubringen, denn jeder Verein lebt nur durch und mit den Aktivitäten seiner Mitglieder. Darüber haben wir nochmals Klarheit geschaffen.

Auf unserer Regionalkonferenz Sachsen-Anhalt (teilnehmende TIG aus den Bereichen Harz, Harzvorland und Mansfeld Südharz) am 01.03.2017 wurde das Anliegen an uns herangetragen, die TIG Hettstedt in die TIG Aschersleben-Staßfurt einzugliedern.

Beide TIG-Vorstände bereiteten die erforderlichen Beschlussfassungen vor, die von der Jahreshauptversammlung bestätigt wurden.

Die anschließende Diskussion bot dann noch vielfältige Gelegenheiten, zu Sachfragen zu sprechen aber auch persönliche Erinnerungen auszutauschen und Gespräche über die Vereinsarbeit, die gemeinsame Dienstzeit und die Familie zu führen.

Allen TIG-Mitgliedern ist Dank zu sagen für ihre ehrenvolle Arbeit und Solidarität, insbesondere den Gruppenbetreuern und dem Vorstand für die unmittelbare Arbeit bei den Mitgliedern. Für die weitere Arbeit wünsche ich uns Erfolg sowie die dazu nötige Kraft und Gesundheit.

Gleichzeitig wurde damit der Wille bekundet, unsere Solidargemeinschaft weiter aufrecht zu erhalten und den Kampf um Rentengerechtigkeit und übergreifend um soziale Gerechtigkeit unbeirrt fortzusetzen.

Lutz Pfannschmidt

*

Am 24. August war es nun soweit, unsere **TIG Rostock** hat ihr 1. Vereins- und Sommerfest durchgeführt. Über 100 Mitglieder und Partner, Freunde und Kampfgefährten waren in die KGA Schutow in Rostock-Reutershagen gekommen.

Bei gutem Wetter, angenehmen Temperaturen und bester Stimmung haben wir uns das reichhaltige Grillbüfett bei einem kühlen Bier oder einem Glas Wein munden lassen. In gelockter Runde wurden Freunde und Bekannte getroffen, die man länger nicht gesehen oder fast gänzlich aus den Augen verloren hatte. Es wurden viele anregende Gespräche über unseren Verein, unsere TIG sowie über „alte und neue“ Zeiten geführt. Die positive Resonanz auf unser Fest war bei allen Beteiligten von Anfang an zu spüren und zeigte sich auch in einer Fülle von Meinungen und Äußerungen. So schrieb Detlef Hartmann im Namen seiner sowie der Familien Süßmilch und Mehlhorn, dass mit diesem Fest der Zusammenhalt in unserer TIG in der „Neufindungsphase“ gestärkt wurde und ein schöner und gelungener Auftakt dafür war.

Horst Zölllick, langjährig im Vorstand der TIG tätig, bedankte sich für das gelungene Fest und betonte besonders die Möglichkeit, alte und vertraute Bekannte zu treffen und mit ihnen über vergangene Zeiten zu erzählen. Der Leiter unserer AG Recht, Günter Krenkel, hob hervor, dass er Freunde getroffen habe, die er seit 37 Jahren nicht gesehen hat. Auch unsere Gäste von befreundeten Vereinen wie „RotFuchs“ und vom Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“ erklärten, dass sie weiter fest an unserer Seite stehen und unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit aktiv unterstützen werden. Durch Manfred Jonischkies, Landesbeauftragter von M.-V. und Mitglied des Vorstandes von ISOR e.V. wurde der Ausbau des Vereinslebens auf den verschiedenen Ebenen als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, der trotz der notwendigen Sparmaßnahmen auch weiterhin von ISOR finanziell unterstützt und gefördert wird.

So haben wir vor, noch bis Jahresende zwei weitere Veranstaltungen für unsere Mitglieder zu organisieren, die sich mit den alltäglichen Fragen des Lebens beschäftigen werden, z.B. zum Thema „Sicherheit im Alltag“ – ein Vortrag von pensionierten Polizeibeamten.

Wir haben auch festgestellt, dass wir eine Reihe von Vereinsmitgliedern in unserer TIG haben, die bereit sind, sich für die Belange der Mitglieder aktiv einzusetzen. Auch hier geht es unter dem Motto: „Mitglieder helfen Mitgliedern!“ darum, bei entsprechendem Bedarf konkrete Hilfe und Unterstützung im Alltag zu gewähren, z.B. bei Behördengängen, amtlichen Schreiben, Anträgen, steuerlichen Fragen und anderes mehr. Wir denken, dass wir mit unserem Vereins- und Sommerfest ein positives Signal an unsere Mitglieder gesandt und bestätigt haben, dass unsere Gemeinschaft nur durch und mit unseren Mitgliedern lebt und leben wird!

Uwe Johannßon, Vorsitzender

*

...da sind wir aber immer noch... und bleiben dabei: Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht wird entschlossen weitergeführt!

Am Samstag, dem 09.09.2017 fand in der Nähe von Ulm mit Mitgliedern des ISOR-Freundeskreises-SÜD, die Auswertung der Vertreterversammlung vom 15.06.2017, durch den stellv. Vorsitzenden der ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff und dem Vorstandsmitglied, Generalleutnant a.D. Manfred Volland, statt. Unsere Gäste informierten über den Beschluss des Vorstandes, den politischen Kampf, trotz der Ablehnung und Nichtzulassung unserer Klagen vor dem BVerfG weiter zu führen und juristisch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Beschwerde zu führen. Dazu wurden durch unsere Anwälte im Juni 2017 beim EUMR termin- und fristgerecht Individualklagen eingereicht. Hierbei geht es insbesondere auf Grundlage der neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse darum:

Der Eingriff in das Renteneigentum aufgrund des geltenden § 7 AAÜG verletzt menschenrechtswidrig den Schutz des Eigentums nach Art. 1 1. ZP EMRK, weil mit der Rentenkürzung keine berechtigten Ziele verfolgt werden und der Eingriff mit dem Gebot der Verhältnismäßigkeit unvereinbar ist.

Insbesondere der Einzug der Rentenanprüche sich rechtswidrig am Maßstab des mit dem Schutz des Eigentums akzessorisch verbundenen Diskriminierungsverbots nach Art. 14 EMRK erweist und vorsorglich die Verletzung des Rechts auf faires Verfahren gem. Art. 6 Abs. 1 EMRK gerügt wird.

Dementsprechend wurden die Beschwerden termin- und fristgerecht beim EGMR in Strasburg eingereicht. Der Vorstand hatte diesen Beschluss am 19.04.2017 getroffen, die Entscheidung des BVerfG nicht hinzunehmen und sie nunmehr vor dem EGMR anzugreifen.

Die übergroße Anzahl der Mitglieder der

Vertreterversammlung begrüßte diese Entscheidung und wird sich im Kampf gegen das Rentenstrafrecht auch weiter solidarisch, mit allen Mitgliedern der ISOR einsetzen.

Dieser Position stimmten ebenfalls die Beteiligten unserer Versammlung voll und ganz zu. Auch für die überwiegenden Mitglieder im Freundeskreis SÜD gibt es diesbezüglich keine Alternative. Wir bleiben dabei, das Rentenstrafrecht muss weiter mit allen uns zur Verfügung stehenden politischen und juristischen Mitteln bekämpft werden!

Im weiteren Verlauf unserer Versammlung stellten die Mitglieder der Redaktionskommission der Publikation „Soldaten für den Frieden“, Bischoff und Volland, in sehr emotionaler Weise diese Schrift vor. Aus ihr geht eindeutig der tiefe Friedenswille der DDR und ihrer politischen sowie militärischen Führung hervor und es wird nachgewiesen, dass seitens der DDR alles Erdenkliche getan wurde, um den Frieden zu sichern und zu erhalten. Mit dieser Ausgabe wenden sich die Militärs, die in verantwortungsvollen Funktionen der DDR tätig waren, in großer Sorge um die Erhaltung des Friedens und den Fortbestand der Zivilisation in Europa, an die deutsche Öffentlichkeit.

In der Diskussion wurden aktuelle Probleme, der politischen, ökonomischen sowie insbesondere der militärischen Konfrontationskonflikte, wie sie sich aktuell in der Welt zeigen, erörtert. Es wurde der einheitliche Wille zum Ausdruck gebracht, dass wir auch weiter zusammenhalten und unseren Weg gemeinsam mit allen ISOR-Mitgliedern solidarisch und verbunden weiter beschreiten werden.

Wir möchten uns in diesem Zusammenhang für den informativen und wegweisenden Gedankenaustausch mit unseren Gästen, Prof. Dr. Bischoff und Manfred Volland vom Vorstand der ISOR, recht herzlich bedanken. Unseren Dank übermitteln wir hiermit gleichzeitig dem gesamten Vorstand der ISOR und unseren Rechtsanwältinnen für ihre unermüdliche Arbeit im Kampf um unsere gerechte Sache!

Michael Räthel,

Sprecher des Freundeskreises SÜD

*

Mitgliederversammlungen sind oftmals Veranstaltungen, deren Inhalt bekannt ist, deren Verlauf vorhersehbar, deren Atmosphäre nicht unbedingt belebend wirkt.

Wird aber, wie unsere Zusammenkunft am 13.09.2017 in der Stadthalle Bernau bei Berlin, diese von dem Gedanken und dem Willen getragen: die Mitglieder der **Bernauer TIG und Umgebung** sind auch weiterhin ein aktiver Teil unserer Solidargemeinschaft, dann wird der Wille zur Gestaltung lebendig.

In unserer Mitte begrüßten wir Horst Parton. Mit seinem engagierten Auftreten, seinem sachlichen und fundierten Vortrag machte er uns noch tiefer vertraut mit der politischen und rechtlichen Lage im Kampf um Rentengerechtigkeit, brachte uns die Überlegungen des Vorstandes nahe, die den Entscheidungen für den weiteren Kampf unseres Vereines zugrunde liegen und wirkte anregend und mobilisierend. Sein Tenor: ISOR e.V. ist und bleibt der Verein, der durch die Solidarität seiner Mitglieder kraftvoll wirkt, der dank seiner Kompetenz nicht in den Wolken schwebt, sondern sich der Realitäten dieser Auseinandersetzungen bewusst ist. Er bestärkte uns zudem in unserem Bemühen unsere TIG als Ort des Miteinanders der Mitglieder zu gestalten. Das auch und natürlich unter Berücksichtigung des Altersdurchschnittes.

In der Diskussion bekräftigten die Mitglieder ihre Haltung zum Frieden, zum Zusammenhalt in unserem Verein und beim weiteren Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Unsere gemeinsame Erkenntnis: Fundament dieses Strebens sind unsere gemeinsame Geschichte und unsere Verbundenheit, lebendig durch das Handeln unserer Mitstreiter. Daraus erwächst immer aufs Neue Gemeinsamkeit, Achtung und Vertrauen. Da wo wir uns selber gewiss sind, sind wir eine starke Gemeinschaft. Unsere Gäste bestärkten uns in unserem Kampf um Rentengerechtigkeit, um soziale Lebensverhältnisse, in denen die Würde des Menschen und das engagierte Streben nach Frieden im Mittelpunkt stehen. Sie dankten uns für unseren Beitrag, den wir im Territorialen Bündnis leisteten und erwarten auch für die Zukunft unsere aktive Mitwirkung. Für uns als TIG sind diese Worte Anerkennung, Bestätigung unseres Tuns und die an uns gerichtete Erwartung, eben auch Verpflichtung.

Wir endeten bestärkt, zugleich Atemholend, mit: „**Also weiter!**“

**Klaus-Dieter Jäschke,
Bernau bei Berlin**

*

Zum 17. Mal hatten die **TIG Salzwedel und Stendal** zum Altmarkttreffen in die Ausfluggaststätte Feine Sache Altmarkkreis Salzwedel geladen. 92 Mitglieder, Sympathisanten aus Salzwedel, Stendal, Brandenburg, Halberstadt, der Priegnitz und ein Mitglied aus Schwerin waren angereist zu diesem traditionellen Treffen. Als Gast nahm der Vorsitzende der GRH Stendal teil. Abgeordnete der Partei DIE LINKE hatten sich entschuldigt, da sie im Rahmen der bevorstehenden Wahlen am 24. September im Einsatz waren.

Als Hauptredner war der Vorsitzende von ISOR Horst Parton angereist. An dieser Stelle herzlichen Dank an ihn für seinen kämpferischen und richtungsweisenden Vortrag, der die Zukunft von ISOR für die Perspektive beschrieben hat. Horst beschrieb die Situation nach dem Motto: Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren. Er wies auf den weiteren Weg den der Vorstand gehen will, wie er auf der Vertreterversammlung am 15 Juni beschlossen wurde: Über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte die vollständige Beseitigung des Rentenstrafrechts zu erreichen. Die Grundlagen dafür sind gelegt und fristgerecht eingeleitet.

Im Rahmen dieses Altmarktreffens wurde das Mitglied Heinz Fischbeck für seine jahrelange vorbildliche Arbeit mit der Ehrenurkunde als Ehrenmitglied geehrt.

In der Diskussion sprach das Mitglied von ISOR und Kreistagsmitglied von Salzwedel H.J. Krause.

Die Diskussionen fanden zumeist an den Tischen statt. Bei einem deftigen Mittagessen fand das Altmarktreffen sein Ende. Alle Teilnehmer verabschiedeten sich mit dem Versprechen, das 18. Altmarktreffen im Jahre 2018 vorzubereiten und durchzuführen.

Eckhard Szabaschus, TIG Stendal

*

Wie das Wetter, so die Wahlen

(Meine spontane Ergebnisbewertung der Bundestagswahlen am 24.09.2017)

Ein trüber, regnerischer und schnupfensicherer Tag begleitete in fast allen Bundesländern die Wahlen zum Bundestag am letzten Sonntag im September anno 2017. Die Qual der Wahl endete wie das Wetter, ja sogar schlechter. Während die Wetterfrösche zumindest für die ersten Oktobertage ein bisschen mehr Sonne und Wärme versprachen, prophezeite das Wahlergebnis für die nächsten vier Jahre keinerlei Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bundesbürger, erst recht nicht der politischen.

Die scheinheilige Union mit ihrem ebenso nur scheinbar christlichen und sozialen Wiegenkind der Bajuwaren hat zwar aus ihren Geierschwingen Federn lassen müssen, kann aber weiterhin über den schwarzen Landstrecken kreisen und sich daraus reichlich Beute holen.

Dem morgenrotschwachen Dorfschulzen ist seine Gefolgschaft weggelaufen und er muss seine Flagge mit der wenig überzeugenden Inschrift „sozial und demokratisch“ für die nächste Zukunft einziehen, oder sich dem Aasgeier als Fraß vorwerfen.

Und jene, die meinen, so manches mit „links“ erledigen zu können, sind daran ge-

scheitert, dass sie sich zu sehr nach thüringischer Art danach „gerammelt“ haben, Sessel in bundesdeutschen Amtsstuben zu besetzen, um dort zwar nicht unbedingt den Arzt, zumindest aber die Arbeit eines Pflegers am Krankenbett des deutschen Kapitalismus zu leisten. Immerhin wurde im Osten der bundesdeutschen Metropole wieder einmal eine „linksrote Flamme“ gezündet.

Wenn in einem „Wahlspiel“ Bälle verloren gehen, werden sie zumeist von Gegenspielern aufgefangen und ins Ziel gebracht. Und das haben die Nazis der Gegenwart geschickt vollbracht. Sie können dadurch zwar noch keinen „Endsieg“ verbuchen, sind aber mit dem Heer der blind und gehörlos den „Rattenfängern“ der deutschen Untergangsalternative hinterher Laufenden schon mit großem Jubel über die „Mauern“ des Bundestages geklettert. Zudem haben sie das ach so freistaatliche Sachsen erobert und mimen nun dort „August den Starken“.

Grün und Gelb als Farbsymbole von politischen Chamäleons haben zwar ihre Farbnuancen bekräftigt und dadurch farbenfreudige Bundesbürger angeregt, ihnen ein hübsches Kreuzchen auf den Stimmzettel zu malen. Doch deren Farbkraft hat noch nie die politischen Wetterverhältnisse unbeschadet überstanden. „Ampelmännchen“ hatten eben nur in der DDR großen Zuspruch.

Was hat sich also der wahlgequälte Bundesbürger am 24. September 2017 für seine nächsten Lebensjahre eingebrockt?

Die Armen werden immer ärmer werden und sich vermehren. Die Reichen können auf noch mehr Reichtum und Luxus hoffen.

Eine neue Regierung, welche Farben sie auch annimmt, wird weiterhin weltweit mit den Waffen rasseln und den Frieden in der Welt gefährden.

Die Deutschen werden weiter an der Russophobie kranken und deutsche Arroganz wird neue Blüten treiben.

Die Gefahr ist groß, dass Deutschland wieder in das Jahr 1933 zurückfällt! Die Signale dafür sind deutlich genug.

Wann endlich begreift der deutsche Michel, dass das Kapital sein Tod ist und nicht sein Lebensretter, und wählt alle Kapitalalkaien einfach ab? **Manfred Wild, Berlin**

Zwischenruf

Ach Volk,
du obermieses,
Auf dich ist kein Verlass.
Heute willst du dieses,
Morgen willst du das.

Peter Hacks 1990

Aus anderen Verbänden

Berliner Friedenskoordination: Erklärung zum Antikriegstag 1. September 2017

ABRÜSTEN UND ENTSPANNUNG! JETZT!

Im Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland heimtückisch die Sowjetunion und begann einen Raub- und Vernichtungskrieg von unvorstellbarer Grausamkeit. 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger fielen dieser Aggression zum Opfer: 9 Millionen Angehörige der Roten Armee fielen, 18 Millionen sowjetische Frauen, Männer und Kinder wurden auf bestialische Weise ermordet, verhungerten und erfroren. Das Land wurde verwüstet und ausgeplündert. Bei der Befreiung Europas vom Faschismus trugen die Völker der Sowjetunion die Hauptlast.

1990: Im Zuge des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland akzeptierte die Sowjetunion die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO. Im Gegenzug wurde zugesichert, dass es darüber hinaus keine Erweiterung der NATO geben würde.

Im 2+4 Vertrag verpflichtete sich die Bundesrepublik, keine Handlungen zuzulassen, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören und die Führung eines Angriffskrieges vorbereiten. Und mit der Unterzeichnung der „Charta von Paris“ verständigte man sich darauf, die souveräne Gleichheit und territoriale Integrität der Teilnehmerstaaten und das Völkerrecht zu respektieren. Doch nur neun Jahre nach der Unterzeichnung des 2+4 Vertrages und der „Charta von Paris“ beteiligte sich die Bundesrepublik an der völkerrechtswidrigen Aggression gegen Jugoslawien.

Wer verweigert eine gesamteuropäische Friedensordnung?

Vertragsgemäß haben sich die sowjetischen Streitkräfte aus dem Gebiet der DDR und den osteuropäischen Staaten hinter die Grenzen des heutigen Russland zurückgezogen. Die NATO und Bundesrepublik hingegen haben ihre Zusagen gebrochen.

Ab 1997 begann unter US-Präsident Bill Clinton die NATO-Osterweiterung. Trotzdem plädierte Präsident Putin in seiner Rede im Bundestag 2001 „für eine vollwertige Zusammenarbeit und Partnerschaft.“ Diese sowie alle folgenden russischen Angebote zur Entspannung wurden ausgeschlagen und die Ausdehnung der NATO fortgesetzt. 2008 versprach die NATO der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft. Diese Länder würden die westliche Einkreisung Russlands vollenden.

2014 unterstützten EU und NATO-Staaten, mit aktiver Beteiligung der Bundesrepublik, den pro-westlichen Putsch in der Ukraine. Den

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 8

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 6

Kampf um den strategischen Flottenstützpunkt auf der Krim entschied Russland für sich. Die Mehrheit der Krimbevölkerung votierte für den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation.

Die Aufregung seitens der NATO-Staaten ist groß, die Russland beschuldigen, das Völkerrecht zu brechen. Ihre Unterstützung für die Abspaltung und Anerkennung des Kosovo als Folge ihres völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieges jedoch vergessen sie gerne.

Wer eskaliert und wer bedroht wen?

Die NATO will Russland gegenüber „Stärke zeigen“ und behauptet, es von Angriffen „abschrecken“ zu wollen. Nun steht sie – und mit ihr die Bundeswehr – auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, rüstet die östlichen NATO-Staaten auf, erweitert Militäranlagen, stationiert Truppen und errichtet einen Raketenschild, der auch mittels nuklearer Marschflugkörper zu Angriffszwecken umgerüstet werden kann. USA und NATO steigern ihre dauernde Manövertätigkeit. Deutsche Soldaten und Panzer üben Krieg vor St. Petersburg, dem früheren Leningrad, wo die deutsche Wehrmacht durch ihre Blockade 1941 über eine Million Einwohner verhungern ließ. Dabei geben Russland und seine verbündeten ehemaligen Sowjetrepubliken seit dem Ende der Blockkonfrontation zehnmal weniger für Militär aus als die NATO und haben nur ein Viertel der Soldaten unter Waffen. Zudem hat die russische Regierung von 2017 bis 2019 eine Senkung ihrer Militärausgaben angekündigt – in diesem Jahr um sieben Prozent. Ganz anders die NATO: Sie beschließt, bis 2024 ihre Militärausgaben noch erheblich zu steigern. Für Deutschland bedeutet das eine Verdoppelung.

Wegen der ständigen Behauptungen der NATO, Russland würde die Lage an seiner Grenze eskalieren lassen, hat Russland der NATO eine gegenseitige Bestandsaufnahme der Truppen- und Waffenstationierungen auf beiden Seiten der russischen Grenze vorgeschlagen. Die NATO ist bis heute nicht darauf eingegangen. Sie schürt indessen mit Übertreibungen über rus-

sische Manöver die absurde „russische Gefahr“, um die eigene Militärpräsenz an der russischen Grenze zu rechtfertigen.

Seitens der Bundesregierung wurde in den letzten Jahren immer wieder betont, wegen seiner „neuen Macht“ müsse Deutschland „Verantwortung“ übernehmen. Ja! Sie muss endlich ihre Verantwortung vor der Geschichte wahrnehmen! Und das heißt:

Abrüsten und Entspannung! Jetzt!

Bundespräsident Gustav Heinemann erklärte 1969: „Vertrauen kann nur der erwerben, der Vertrauen zu schenken bereit ist. Es gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Politik, Vertrauen aufzuschließen.“ Wir fordern von dieser und der künftigen Bundesregierung, endlich Vertrauen zu schenken und die immer wieder ausgestreckte Hand Russlands zu ergreifen.

Die Bundesrepublik kann Führung übernehmen, indem sie als Erste in der NATO Schluss macht mit der Dämonisierung der russischen Regierung, die Sanktionen und die Drohpolitik gegen Russland beendet, ihre Soldaten und Waffen von der russischen Grenze zurückholt und abrüstet.

ViSdP: Laura von Wimmersperg

Die GBM schließt sich dieser Erklärung an.

REVOLUTION HAT ZUKUNFT!

1917–2017 ★ 100 Jahre
ROTER OKTOBER

Sa, 21. 10. 17

Babylon, Berlin

Konferenz

Konzert

Kulturprogramm

Veranstalter: **DKP RotFuchs SDAJ**

11.30 Uhr	Einlass , Infostände, Imbiss
13.00 Uhr	Konferenz Die Oktoberrevolution – Der Beginn einer neuen Menschheitsgeschichte Kulturbeiträge während der Konferenz Workshops der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)
16.30 Uhr	Podiumsdiskussion Revolution, Staat, Machtfrage und die deutsche Linke heute
19.30 Uhr	Konzert

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.09.2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.10.2017

Einstellung im Internet: 03.11.2017

Auslieferung: 09.11.2017

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15